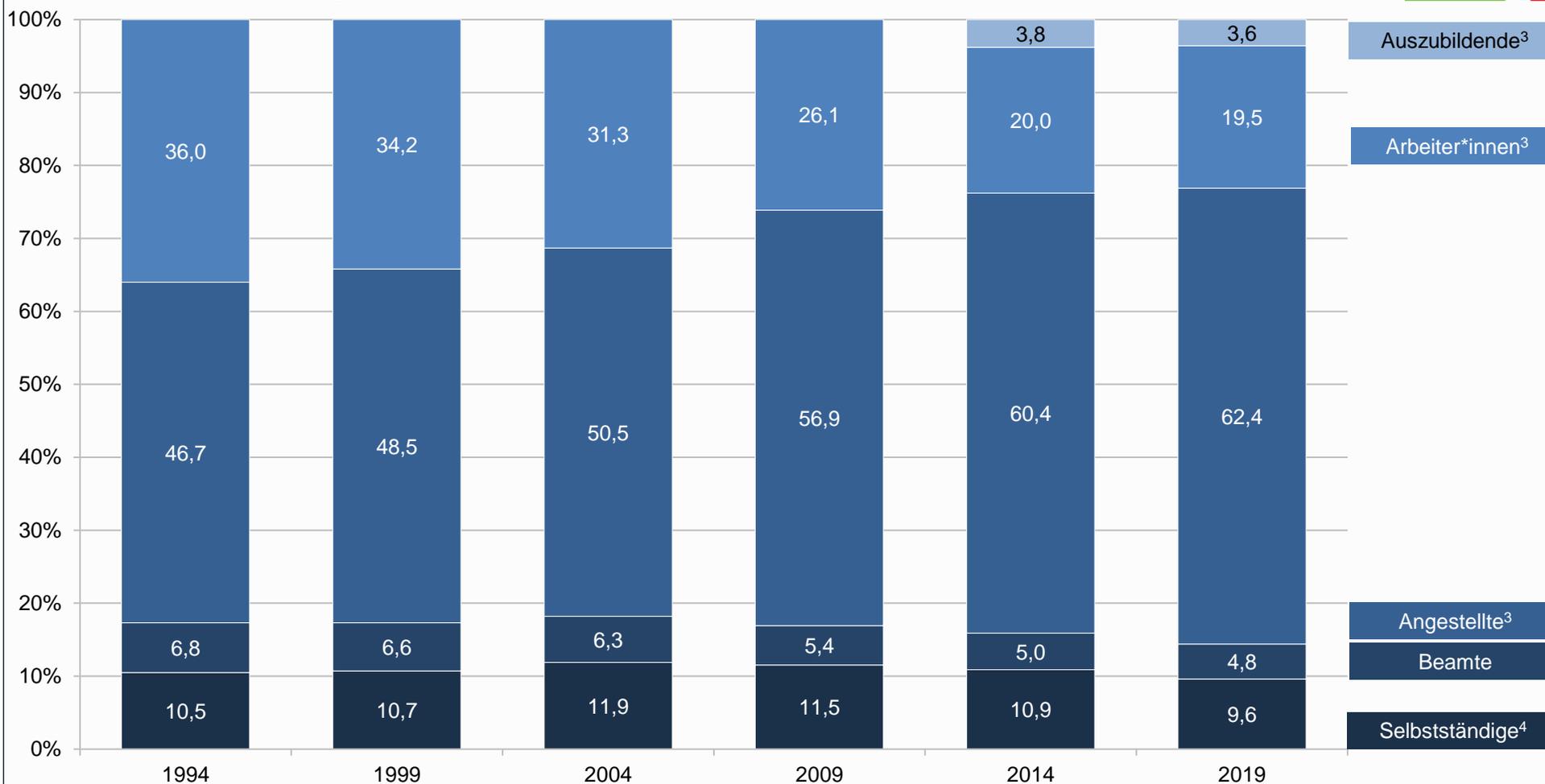


■ Erwerbstätige nach Stellung im Beruf 1994 - 2019¹ in % aller Erwerbstätigen²



¹ Aufgrund methodischer Änderungen in mehreren Jahren ist der Vergleich im Detail eingeschränkt, jedoch ist die Trendausage belastbar. ² Ab 2017 ohne Personen in Gemeinschaftsunterkünften. ³ Bis 2011 wurden die Auszubildenden je nach Ausbildung den Arbeiter*innen oder Angestellten zugeordnet. Ab 2012 werden sie gesondert ausgewiesen. ⁴ Einschließlich mithelfender Familienangehöriger

Quelle: Statistisches Bundesamt (2020), GENESIS-Online Datenbank (Eigene Berechnungen)

Erwerbstätige nach Stellung im Beruf 1994 – 2019

Die Struktur der Erwerbstätigen hinsichtlich ihrer Erwerbsform bzw. Stellung im Beruf hat sich in den zurückliegenden Jahren deutlich verändert. Die mit Abstand größte Gruppe stellten 2019 mit 62,4 % der Erwerbstätigen die Angestellten. Der Anteil der Arbeiter*innen, die noch bis in die 1960er Jahre hinein dominant waren, sank in den letzten Jahren weiter und machte nur noch 19,5 % aus. Der Anteil der Selbstständigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen ist insbesondere in den letzten fünf Jahren gesunken und lag 2019 bei 9,6 %. Die kleinste Gruppe sind die Beamt*innen, deren Anteil in den letzten Jahren kontinuierlich sank und 2019 noch 4,8 % ausmachte.

Betrachtet man die Veränderungen der Gruppen im Vergleichsraum 1994 zu 2019, ist zunächst festzustellen, dass der Anteil der Angestellten an allen Erwerbstätigen kontinuierlich zugenommen hat, während der Anteil der Arbeiter*innen ebenso kontinuierlich zurückgegangen ist. Dieser Umbruch ist Ergebnis des Rückgangs von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe und der Ausweitung des Dienstleistungssektors.

Der Rückgang der Beamt*innen geht u.a. auf die allgemeine Stellenreduktion im Öffentlichen Dienst zurück: Bahn, Post, Krankenhäusern und Hochschulen wurden aus dem Kernhaushalt des Staates ausgegliedert sowie bei der Bundeswehr mit dem Ende des Kalten Krieges das Personal deutlich reduziert (vgl. [Abbildung IV.26](#)).

Der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen stieg über mehrere Jahre und erreichte 2004 ein Hoch von 11,9 %. Seitdem entwickelten die Zahlen sich aber wieder rückläufig. Dahinter stehen verschiedene Trends. So ging die Zahl mithelfender Familienangehöriger zurück, während sich bei den Selbstständigen ohne Mitarbeiter*innen, den sogenannten Ein-Personen-Unternehmen bzw. Solo-Selbstständigen, ein deutlicher Aufwärtstrend zeigte, der mittlerweile jedoch wieder nachgelassen hat (vgl. [Abbildung IV.69](#)). Es gibt verschiedene Gründe für den Zuwachs der Solo-Selbstständigen, wie etwa veränderte Produktionsprozesse, flexibilisierende Unternehmens- und Personalpolitik oder pluralisierte Lebensformen mit gestiegenen individuellen Bedürfnissen nach Selbstbestimmung. Der Anstieg der Zahl der Selbstständigen ist aber auch auf Förderprogramme zur Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit zurückzuführen, die im Zuge der sogenannten Hartz-Gesetze ausgeweitet worden sind, zuletzt jedoch wieder deutlich an Bedeutung verloren haben (vgl. [Abbildung IV.57](#)).

Arbeiter*innen - Angestellte

Die traditionelle Trennung zwischen Arbeiter*innen und Angestellten hat sich in den letzten Jahren zunehmend aufgelöst. In den Zweigen der Sozialversicherung gibt es keine Unterscheidung mehr, seitdem eine freie Wahl der Krankenkassen besteht und die Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung im Jahr 2005 zur Deutschen Rentenversicherung zusammengefasst worden sind. Auch tarifrechtlich lösen einheitliche Entgeltverträge die vormaligen Tarifverträge für Arbeiter*innen und Angestellte ab.

Methodische Hinweise

Nach dem sog. ILO-Konzept wird unter „Erwerbstätigkeit“ jede Form der Erwerbstätigkeit verstanden. Als erwerbstätig gelten danach alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbständige bzw. mithelfende Familienangehörige gearbeitet haben. Dabei ist es nicht entscheidend, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßige oder um eine gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt; auch Personen mit einer Beschäftigung im unteren Stundenspektrum und im Status einer „geringfügigen Beschäftigung“ werden als Erwerbstätige erfasst.

Die Daten beruhen auf den Ergebnissen des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Der Mikrozensus ist eine repräsentative Haushaltsbefragung, in der jährlich 1 % aller Haushalte in Deutschland, ausgewählt nach einem festgelegten statistischen Zufallsverfahren, zu ihrer Erwerbsbeteiligung, ihrer Ausbildung sowie zu ihren Lebensbedingungen befragt werden. Jährlich wird ein Viertel aller in der Stichprobe enthaltenen Haushalte ausgetauscht. Folglich bleibt jeder Haushalt vier Jahre in der Stichprobe.

In den Zeitreihen zur Erwerbstätigkeit auf Basis des Mikrozensus sind verschiedene methodische Effekte zu berücksichtigen, die die Vergleichbarkeit der Daten einschränken:

- Die Fragen zum Erwerbsstatus wurden ab 2005 mehrfach umgestaltet, vor allem um das ILO-Konzept besser umzusetzen. In der Folge erhöhte sich die Erwerbstätigkeit und die Differenz zur Erwerbstätigenrechnung verringerte sich.
- Bis 2005 wurde die Befragung im April durchgeführt, ab 2005 erfolgt sie unterjährig. Es wird seitdem die jahresdurchschnittliche Entwicklung wiedergegeben.
- Ab 2011 werden die Ergebnisse des Mikrozensus auf Grundlage des Zensus 2011 hochgerechnet. Zuvor wurde für Westdeutschland die Volkszählung von 1987 und für Ostdeutschland das zentrale Einwohnerregister der ehemaligen DDR zum Stand Oktober 1990 als Basis der Hochrechnung verwendet. Die Auswirkungen auf die Ergebnisse ist vor allem eine Niveauveränderung der absoluten Werte. Auf die Berechnung von Quoten hat die Änderung nur einen geringen Einfluss.
- Ab 2016 wird auch die Stichprobe des Mikrozensus auf Grundlage des Zensus 2011 gestützt.
- Ab 2017 werden Personen in Gemeinschaftsunterkünften nicht mehr zu ihrer Erwerbsbeteiligung gefragt. Die Aussagen bilden daher nur noch die Erwerbssituation von Personen in Privathaushalten ab.